

## Außenansicht

In Griechenland droht ein wirtschaftlicher und politischer GAU, der das Potential hat, den gesamten Euro-Raum zu destabilisieren. Wenn dieser Prozess gestoppt werden soll, muss man die Ursachen für die Fehlentwicklungen diagnostizieren. Hat die Therapie der Troika versagt oder ist der Patient schuld, weil er nicht bereit gewesen ist, die ihm verabreichten bitteren Pillen zu schlucken? Für viele deutsche Politiker gibt es keinen Zweifel daran, dass Griechenland versagt hat. Sparpakete und Reformen müssten nicht nur beschlossen, sie müssten auch in die Tat umgesetzt werden.

Griechenland aber hat nicht versagt. Wer sich die Mühe macht, die umfangreichen „Reviews“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Griechenland zu lesen, erkennt, dass das Land einen Großteil der vorgegebenen Maßnahmen konsequent verwirklicht hat. So sind die Staatsausgaben (ohne Zinsen) vom Jahr 2009 bis zum Jahr 2011 um 17 Prozent gesunken, die Ausgaben für Staatsbedienstete sogar um ein Fünftel. Gleichzeitig wurde der Standardsatz der Mehrwertsteuer deutlich von 19 auf 23 Prozent erhöht, für Lebensmittel stieg der Steuersatz von neun auf 13 Prozent. Im Februar 2011 beurteilte der IWF die bis dahin erbrachten Leistungen als auch im internationalen Maßstab sehr eindrucksvoll.

Warum ist es dann nicht gelungen, das Defizit sehr viel deutlicher zu reduzie-

## Außenansicht

## Tödliche Therapie

Die EU zwingt Griechenland blind zum Sparen – und könnte so das Land in den Abgrund stoßen

Von Peter Bofinger

ren? Weil Einnahmen und Ausgaben eines Staates nicht nur davon bestimmt werden, wie hoch die Steuersätze sind und wie viele Staatsbedienstete es gibt. Sie hängen auch davon ab, wie sich die Konjunktur entwickelt. Hier waren die Prognosen des IWF viel zu optimistisch. Im Mai 2010 erwartete er für die Jahre 2010 bis 2012 einen kumulierten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 5,5 Prozent, tatsächlich werden es zwölf Prozent sein. Bereinigt man das Defizit um konjunkturelle Effekte, ist es Griechenland gelungen, sein Staatsdefizit von 2009 bis 2011 um elf Prozentpunkte zu reduzieren, was bisher kein anderes Land geschafft hat.

Da sich bei nüchterner Betrachtung an der Sparpolitik der griechischen Regierung nicht allzu viel aussetzen lässt, kon-

zentriert sich die Kritik des IWF immer darauf, dass es an einer „kritischen Masse“ struktureller Reformen fehle. Aber auch hier ist es keinesfalls so, dass Griechenland untätig geblieben ist. Im Gegenteil: Die OECD stellte im August 2011 „beeindruckende Ergebnisse“ in diesem Bereich fest. Sie erwartete von den bereits umgesetzten Maßnahmen einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um mindestens zehn Prozent. In der Tat wurden das Rentensystem umfassend reformiert, der Arbeitsmarkt liberalisiert, der Transportsektor dereguliert, Barrieren für Unternehmensgründungen reduziert und ein Gesetz zur Beschleunigung großer Investitionsprojekte erlassen.

Natürlich gibt es hier viel zu tun, nicht zuletzt auf dem Feld der Steuerverwaltung. Aber da in Finanzämtern Men-

schen arbeiten, die man nicht von heute auf morgen umprogrammieren kann, wird dies nicht über Nacht geschehen.

Die katastrophale Lage der griechischen Wirtschaft kann somit nicht primär auf die mangelnde Spar- und Reformbereitschaft Griechenlands zurückgeführt werden. Sie ist vor allem das Resultat einer überzogenen Sparpolitik, die, wie der IWF selbst einräumt, so bisher keinem anderen Land verordnet worden ist. Für Griechenland kommt erschwerend hinzu, dass ihm das bei ähnlichen Rosskuren hilfreiche Instrument der Abwertung nicht zur Verfügung steht. Die vom IWF als Allheilmittel angesehenen „strukturellen Reformen“, zum Beispiel längere Öffnungszeiten für Apotheken oder niedrigere Gebühren für Notare, sind im Vergleich dazu kaum mehr als weiße Salbe.

Im Ergebnis hat diese Therapie in eine wirtschaftliche Depression geführt, wie man sie zuletzt Anfang der 1930er Jahre erlebt hat. Das griechische Bruttoinlandsprodukt liegt 2012 um 15 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2007. Für die Wettbewerbsfähigkeit wiegt besonders schwer, dass die Investitionen um fast 50 Prozent eingebrochen sind. Die überzogene Sparpolitik hat zu einem derart gravierenden Nachfrageproblem geführt, dass echte Erfolge bei der Defizitreduktion so wenig möglich sind wie eine bessere Wettbewerbsfähigkeit.

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen wie die Senkung des Mindestlohns, Rentenkürzungen und die Entlassung von 15 000 Staatsbediensteten erinnern fatal an die Notverordnungspolitik des Reichkanzlers Heinrich Brüning von 1930 bis 1932. Sie werden die Nachfrageschwäche weiter verschärfen, zum Schaden der öffentlichen Finanzen und der Wettbewerbsfähigkeit.

Der griechische Premierminister hat am Sonntag festgestellt, dass sich das Land nur noch einen Atemzug vor „Ground Zero“ befindet. Der Zusammenbruch kann nur vermieden werden, wenn ein grundlegender Strategiewechsel eingeleitet wird. Anstelle auf konjunkturbedingt steigende Defizite mit immer neuen Sparmaßnahmen zu reagieren, bedarf es jetzt eines Konsolidierungsstopps, bis die Wirtschaft wieder positive Wach-



Peter Bofinger, 57, gehört seit 2004 zu den „fünf Wirtschaftsweisen“, die die Bundesregierung beraten. Er gilt als führender Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Foto: dapd

tsraten erzielt. Das kann temporär zu höheren Defiziten führen, die von den anderen EU-Ländern solidarisch finanziert werden müssen. An den Strukturformen sollte grundsätzlich festgehalten werden, aber es ist dringend zu überlegen, wie mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank echte Wachstumsimpulse gesetzt werden können.

Den deutschen Steuerzahler wird das nicht begeistern. Er sollte sich aber fragen, was auch für ihn ein völliger Zusammenbruch des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Griechenland bedeuten würde. Das Ende mit Schrecken, nach dem Deutschland nicht mehr für Griechenland eintreten muss, ist eine Illusion. Auch dann gäbe es Griechenland mit seinen elf Millionen Menschen weiterhin auf der europäischen Landkarte. Die Europäische Union könnte nicht tatenlos zusehen, wenn es zu Anarchie, Hunger und schweren Defiziten im Gesundheitsbereich käme. Deshalb ist es besser, jetzt einen Strategiewechsel vorzunehmen, als jahrzehntelang die Kosten für eine Politik im Stile Brünings zu tragen.

Obwohl es noch viel zu tun gibt, verdienen die Griechen weiterhin Unterstützung. Sie haben sich mit großem Einsatz bemüht, die Situation in ihrem Lande zu verbessern. Wenn nicht mehr dabei herausgekommen ist, liegt das an der Therapie: Sie hat die Gefahren für den Kreislauf des Patienten völlig unterschätzt.

In Griechenland droht ein wirtschaftlicher und politischer GAU, der das Potential hat, den gesamten Euro-Raum zu destabilisieren. Wenn dieser Prozess gestoppt werden soll, muss man die Ursachen für die Fehlentwicklungen diagnostizieren. Hat die Therapie der Troika versagt oder ist der Patient schuld, weil er nicht bereit gewesen ist, die ihm verabreichten bitteren Pillen zu schlucken? Für viele deutsche Politiker gibt es keinen Zweifel daran, dass Griechenland versagt hat. Sparpakete und Reformen müssten nicht nur beschlossen, sie müssten auch in die Tat umgesetzt werden.

Griechenland aber hat nicht versagt. Wer sich die Mühe macht, die umfangreichen „Reviews“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Griechenland zu lesen, erkennt, dass das Land einen Großteil der vorgegebenen Maßnahmen konsequent verwirklicht hat. So sind die Staatsausgaben (ohne Zinsen) vom Jahr 2009 bis zum Jahr 2011 um 17 Prozent gesunken, die Ausgaben für Staatsbedienstete sogar um ein Fünftel. Gleichzeitig wurde der Standardsatz der Mehrwertsteuer deutlich von 19 auf 23 Prozent erhöht, für Lebensmittel stieg der Steuersatz von neun auf 13 Prozent. Im Februar 2011 beurteilte der IWF die bis dahin erbrachten Leistungen als auch im internationalen Maßstab sehr eindrucksvoll.

Warum ist es dann nicht gelungen, das Defizit sehr viel deutlicher zu reduzie-

## Außenansicht

# Tödliche Therapie

Die EU zwingt Griechenland blind zum Sparen – und könnte so das Land in den Abgrund stoßen

Von Peter Bofinger

ren? Weil Einnahmen und Ausgaben eines Staates nicht nur davon bestimmt werden, wie hoch die Steuersätze sind und wie viele Staatsbedienstete es gibt. Sie hängen auch davon ab, wie sich die Konjunktur entwickelt. Hier waren die Prognosen des IWF viel zu optimistisch. Im Mai 2010 erwartete er für die Jahre 2010 bis 2012 einen kumulierten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 5,5 Prozent, tatsächlich werden es zwölf Prozent sein. Bereinigt man das Defizit um konjunkturelle Effekte, ist es Griechenland gelungen, sein Staatsdefizit von 2009 bis 2011 um elf Prozentpunkte zu reduzieren, was bisher kein anderes Land geschafft hat.

Da sich bei nüchterner Betrachtung an der Sparpolitik der griechischen Regierung nicht allzu viel aussetzen lässt, kon-

zentriert sich die Kritik des IWF immer darauf, dass es an einer „kritischen Masse“ struktureller Reformen fehle. Aber auch hier ist es keinesfalls so, dass Griechenland untätig geblieben ist. Im Gegenteil: Die OECD stellte im August 2011 „beeindruckende Ergebnisse“ in diesem Bereich fest. Sie erwartete von den bereits umgesetzten Maßnahmen einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um mindestens zehn Prozent. In der Tat wurden das Rentensystem umfassend reformiert, der Arbeitsmarkt liberalisiert, der Transportsektor dereguliert, Barrieren für Unternehmensgründungen reduziert und ein Gesetz zur Beschleunigung großer Investitionsprojekte erlassen.

Natürlich gibt es hier viel zu tun, nicht zuletzt auf dem Feld der Steuerverwaltung. Aber da in Finanzämtern Men-

schen arbeiten, die man nicht von heute auf morgen umprogrammieren kann, wird dies nicht über Nacht geschehen.

Die katastrophale Lage der griechischen Wirtschaft kann somit nicht primär auf die mangelnde Spar- und Reformbereitschaft Griechenlands zurückgeführt werden. Sie ist vor allem das Resultat einer überzogenen Sparpolitik, die, wie der IWF selbst einräumt, so bisher keinem anderen Land verordnet worden ist. Für Griechenland kommt erschwerend hinzu, dass ihm das bei ähnlichen Roskuren hilfreiche Instrument der Abwertung nicht zur Verfügung steht. Die vom IWF als Allheilmittel angesehenen „strukturellen Reformen“, zum Beispiel längere Öffnungszeiten für Apotheken oder niedrigere Gebühren für Notare, sind im Vergleich dazu kaum mehr als weiße Salbe.

Im Ergebnis hat diese Therapie in eine wirtschaftliche Depression geführt, wie man sie zuletzt Anfang der 1930er Jahre erlebt hat. Das griechische Bruttoinlandsprodukt liegt 2012 um 15 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2007. Für die Wettbewerbsfähigkeit wiegt besonders schwer, dass die Investitionen um fast 50 Prozent eingebrochen sind. Die überzogene Sparpolitik hat zu einem derart gravierenden Nachfrageproblem geführt, dass echte Erfolge bei der Defizitreduktion so wenig möglich sind wie eine bessere Wettbewerbsfähigkeit.

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen wie die Senkung des Mindestlohns, Rentenkürzungen und die Entlassung von 15 000 Staatsbediensteten erinnern fatal an die Notverordnungspolitik des Reichkanzlers Heinrich Brüning von 1930 bis 1932. Sie werden die Nachfrageschwäche weiter verschärfen, zum Schaden der öffentlichen Finanzen und der Wettbewerbsfähigkeit.

Der griechische Premierminister hat am Sonntag festgestellt, dass sich das Land nur noch einen Atemzug vor „Ground Zero“ befindet. Der Zusammenbruch kann nur vermieden werden, wenn ein grundlegender Strategiewechsel eingeleitet wird. Anstelle auf konjunkturbedingt steigende Defizite mit immer neuen Sparmaßnahmen zu reagieren, bedarf es jetzt eines Konsolidierungsstopps, bis die Wirtschaft wieder positive Wach-

tumsraten erzielt. Das kann temporär zu höheren Defiziten führen, die von den anderen EU-Ländern solidarisch finanziert werden müssen. An den Strukturformen sollte grundsätzlich festgehalten werden, aber es ist dringend zu überlegen, wie mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank echte Wachstumsimpulse gesetzt werden können.

Den deutschen Steuerzahler wird das nicht begeistern. Er sollte sich aber fragen, was auch für ihn ein völliger Zusammenbruch des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Griechenland bedeuten würde. Das Ende mit Schrecken, nach dem Deutschland nicht mehr für Griechenland eintreten muss, ist eine Illusion. Auch dann gäbe es Griechenland mit seinen elf Millionen Menschen weiterhin auf der europäischen Landkarte. Die Europäische Union könnte nicht tatenlos zusehen, wenn es zu Anarchie, Hunger und schweren Defiziten im Gesundheitsbereich käme. Deshalb ist es besser, jetzt einen Strategiewechsel vorzunehmen, als jahrzehntelang die Kosten für eine Politik im Stile Brünnings zu tragen.

Obwohl es noch viel zu tun gibt, verdienen die Griechen weiterhin Unterstützung. Sie haben sich mit großem Einsatz bemüht, die Situation in ihrem Lande zu verbessern. Wenn nicht mehr dabei herausgekommen ist, liegt das an der Therapie: Sie hat die Gefahren für den Kreislauf des Patienten völlig unterschätzt.



Peter Bofinger, 57, gehört seit 2004 zu den „fünf Wirtschaftsweisen“, die die Bundesregierung beraten. Er gilt als führender Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik.  
Foto: dapd